

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE

**Nachhaltiges Energiekonzept für den Standort Deutschland -
Anforderungen an die Energiepolitik 2010 - 2050**

IG-BCE-Betriebsrätetagung, 31. August 2010, Hannover

Es gilt das gesprochene Wort.

Die Energiepolitik erfährt zurzeit in der öffentlichen Debatte eine außerordentliche Aufmerksamkeit. Da findet unsere Betriebsrätetagung heute genau zum richtigen Zeitpunkt statt. Kein Zufall!

Die Bundesregierung hat für den Herbst ein neues Energiekonzept angekündigt. Es soll am 28. September vom Kabinett beschlossen werden. Wir hätten eigentlich erwartet, dass dieser Ankündigung eine ernsthafte Debatte unter Einbeziehung auch von Unternehmen und Gewerkschaften gefolgt wäre. So schafft man Konsens.

Stattdessen war vor allem aufgeregtes Gegacker aus Union, FDP und unionsregierten Bundesländern zu vernehmen. Hauptziel aller Beteiligten: Beförderung der eigenen Interessen und der eigenen Profilierung. Und oft musste man den Eindruck gewinnen, es gehe eher um Haushaltssanierung als um Energiepolitik.

Eine seriöse Debatte der energiepolitischen Zukunft einer der größten Industrienationen der Welt stelle ich mir jedenfalls anders vor.

In diesem Sommer gab es jedoch auch energiepolitische Ereignisse, die wir ernster nehmen müssen:

Erst der Vorschlag der EU-Kommission vom 20. Juli, alle Steinkohlenbergwerke in Europa spätestens im Oktober 2014 zu schließen.

Entweder hat das zuständige Wirtschaftsministerium im Tiefschlaf überrascht. Oder es hat es kommen sehen und nichts dagegen unternommen, weil es den eigentlichen Vorstellungen eher entspricht, als das geltende Gesetz.

Jetzt muss die Kanzlerin handeln und sehen, wie sie das Kind wieder aus dem Brunnen bekommt.

Dann der Plan aus dem Finanzministerium, aus fiskalischen Gründen den energieintensiven Unternehmen den Ausgleich der Ökosteuer zu kappen, der sie überhaupt in dieser Logik überleben lässt. Ich habe das postwendend als Anschlag auf die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien zurückgewiesen. Kurz darauf hat die IG BCE gemeinsam mit dem BDI und sechs Industrieverbänden* Berechnungen vorgelegt, die die drastischen Folgen für diese Branchen belegen.

Und schließlich vor wenigen Tagen die Präsentation von Szenarien zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke, die Prognos und das energiewissenschaftliche Institut der Uni Köln im Auftrag der Bundesregierung erarbeitet haben.

Vorweg ging die Entscheidung für eine Brennelementesteuer. Was soll das? Ist so ein Chaos ein energiepolitisches Konzept? Nicht mal ein fiskalpolitisches. Dass der Bundeshaushalt Steuern braucht, kann doch nicht die Begründung dafür sein, Kernkraftwerke länger laufen zu lassen.

Dazu die planlose Debatte um weitere Belastungen der Betreiber von Kernkraftwerken. Oder die kurzlebigen Pläne für eine Input-Steuer auf Kohle. Chaos auf der ganzen Linie.

Die geschilderten Vorgänge präjudizieren das groß angekündigte Energiekonzept erheblich. Ansonsten scheint fast nur noch der Blütentraum zu bleiben, bis 2050 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu erzeugen. Das soll die Wähler im guten Glauben durch die Wirrnisse von Zielen und Wegen in der Energiedebatte führen

Der gemeinsame Nenner, auf den sich diese Politik bringen lässt - Konzept kann man das wahrlich nicht nennen - ist offenbar der Irrglaube, energieintensive Industrien und Bergbau seien für die Zukunft des Standorts Deutschland nicht mehr wichtig. Nirgendwo in den Industrienationen dieser Welt käme man auf einen solchen Gedanken.

Uns erfüllt diese Entwicklung mit großer Sorge. Auch deshalb, weil kein Versuch erkennbar ist, einen Konsens mit allen wichtigen Beteiligten zu erreichen.

Angesichts dieser Durchmarsch-Logik drohen nun Klagen und massive Bürgerproteste. Die Folgen sind weitere Unsicherheit und Verschleppung von Investitionsentscheidungen.

Doch wenn nicht schnell wichtige energiepolitische Weichen gestellt werden, wäre die Abwanderung ganzer Branchen ins außereuropäische Ausland die Folge. Der Strompreis droht zum entscheidenden Kriterium für Standortentscheidungen zu werden.

Ich nenne als Beispiele die Aluminiumerzeugung, die Glas- und Papierindustrie sowie Teile der chemischen Industrie.

Der größte deutsche Chemiekonzern BASF zum Beispiel lenkt seine Zukunftsinvestitionen verstärkt nach China oder in Schwellenländer.

Ähnliche Verlagerungstendenzen sind auch in anderen Bereichen der energieintensiven Grundstoffchemie zu beobachten.

Von einem ernsthaften energiepolitischen Konzept würden wir eigentlich einen ganzheitlichen Ansatz und klare Rahmenbedingungen für den künftigen Energiemix erwarten.

Angesichts der jüngsten Szenarien und Diskussionsbeiträge aus den beteiligten Ministerien befürchte ich jedoch eher Rezepte nach dem einfachen Strickmuster: Wir verlängern die Laufzeiten der Kernkraftwerke, bis wir unseren Energiebedarf aus erneuerbaren Energiequellen decken können. Das wird nicht reichen.

Ein Energiekonzept, das dem Anspruch auf Ernsthaftigkeit gerecht werden will, muss aus unserer Sicht folgende Fragen realistisch beantworten:

Wie lässt sich eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung mit der Begrenzung der Erderwärmung vereinbaren?

Welche Rolle spielen die einzelnen Energieträger von der Kernenergie über die fossilen bis zu den regenerativen?

Wie abhängig machen wir uns von Energieimporten, vor allem beim Erdgas?

Oder in einem Satz: Wie sieht der Energiemix in Zukunft aus?

Und welches Strom-Netz wird dafür gebraucht?

Und wann wird es endlich auch gebaut?

Schließlich: Woher bekommen die energieintensiven Industrien in Deutschland in den nächsten Jahrzehnten die Energie, die sie für ihre Produktionsprozesse brauchen?

Und was wird diese Energie kosten?

Ihr selbst wisst aus eigener Anschauung: Bereits heute stellt sich die letzte Frage ganz konkret denjenigen, die in den Unternehmen über Investitionen in neue Anlagen entscheiden, die 20, 30 oder mehr Jahre gewinnbringend laufen sollen.

In welchem Maß besteht Planungssicherheit für zuverlässige Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen in den Jahren bis 2050? Die Antwort beeinflusst schon jetzt die Auswahl zwischen Standorten, die international um Investitionen in Neuanlagen konkurrieren.

Fast alle Grundlastkraftwerke, die heute in Deutschland die industrielle Energieversorgung sichern, werden bis 2030 abgeschaltet sein. Bei den Kernkraftwerken ist der Auslauf bis 2022 geltendes Recht, das erst einmal geändert werden müsste.

Es ist unklar, ob das ohne Bundesratsmehrheit und ohne langwierigen Streit vor dem Bundesverfassungsgericht geändert werden kann. Ich denke eher nicht, und einen gesellschaftlichen Konsens kann man auch mit formalen Feinheiten nicht schaffen.

Klar ist hingegen, dass die meisten Kohlekraftwerke bis dahin aus technischen Gründen das Ende ihrer Lebensdauer überschritten haben.

Unter den bestehenden Rahmenbedingungen insbesondere des Emissionshandels ab 2013 und fehlender Akzeptanz an Standorten geben Energieversorgungsunternehmen Projekte für neue Kohlekraftwerke auf oder stellen sie zurück.

Denn die hohen Investitionen in neue Kraftwerke sind unternehmerisch nur verantwortbar, wenn genehmigungsrechtliche Planungssicherheit besteht und die prognostizierten Strompreise oberhalb der Vollkosten der Neuanlagen liegen.

Wenn heute keine neuen Grundlastkraftwerke gebaut werden, weil der CO₂-Emissionshandel sie künstlich unwirtschaftlich macht und die Akzeptanz in der Bevölkerung fehlt, da der Anteil Deutschlands von 3% vom weltweiten CO₂-Aufkommen zum entscheidenden Klimaproblem stilisiert wird, haben auch Aluminiumhütten, Elektrolysen, Glasöfen und Papiermaschinen nur noch so lange eine wirtschaftliche Zukunft, wie die alten Kraftwerke weiter laufen und sie mit Strom versorgen.

Dasselbe gilt entsprechend für den Braunkohlenbergbau. Ohne neue, umweltfreundliche Kraftwerke ist seine Zukunft begrenzt. Ein offenkundiges Dilemma, das die Politik nur in Schablonen annimmt.

Wir wollen Nachhaltigkeit. Weder dürfen energie- und industriepolitische Erfordernisse über die notwendigen Klimaschutzziele, noch einseitige Klimaschutzmaßnahmen über die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gestellt werden.

Die IG BCE will eine nachhaltige Industrie-, Energie- und Klimapolitik, die industrielle Entwicklung und Innovationen fördert, eine langfristige, umwelt- und klimaverträgliche Energieversorgung sichert, das Klima tatsächlich schützt sowie sozialen Fortschritt voranbringt. Aber mit einem realistischen Augenmaß von A nach B.

Unsere größte ungenutzte Energiequelle heißt Effizienzsteigerung. Strom, der gar nicht erst benötigt wird, kostet kein Geld und erzeugt keine Emissionen.

Die IG BCE unterstützt deshalb seit 2006 die von der Bundesregierung beschlossenen CO₂-Gebäudesanierungsprogramme.

Dass der Bundesbauminister jetzt an dieser Stelle sparen will, begreife ich nicht. Im Gegenteil brauchen wir eine zusätzliche Förderung von Energieeffizienz.

Allein durch die Wärmedämmung der sanierungsbedürftigen Wohnungen in Deutschland könnte der Wärmeenergieverbrauch von derzeit 25 auf 7 Liter Heizöl pro Quadratmeter gesenkt und dadurch die CO₂-Emissionen um rund 80 Millionen Tonnen pro Jahr reduziert werden.

Für solche Sanierungsmaßnahmen liefern die chemische Industrie, die Kunststoffindustrie, die Glasindustrie und die Baustoffindustrie maßgeschneiderte Produkte.

Die Energieintensiven Industrien erforschen und produzieren Technologien und Produkte, die zur Lösung des Klimaproblems gebraucht werden.

Chemische Produkte -von Wärme- und Kälte­dämmstoffen über Düngemittel bis zu Energie sparender Beleuchtung - sparen über ihren Lebenszyklus hin mindestens das Doppelte dessen an CO₂ ein, was ihre Produktion emittiert.

Energieeffiziente Gebäude, Fahrzeuge und Haushaltsgeräte werden ebenso wie Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien durch die Produkte der Energieintensiven Industrien erst möglich.

Energieeffizienz-Programme verbessern nicht nur den Klimaschutz, sie sichern und schaffen Arbeitsplätze in diesen Branchen sowie in Handwerk und Baugewerbe. Das ist Zukunftsvorsorge.

Selbstverständlich gehört zu einer nachhaltigen Energieversorgung auch der Ausbau der erneuerbaren Energien. Viele unserer Mitglieder arbeiten in damit verbundenen Unternehmen. Doch erneuerbare werden nicht ausreichen.

Der Bundesumweltminister will die Stromerzeugung in Deutschland bis zum Jahr 2050 fast vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Sicher brauchen wir anspruchsvolle Ziele, aber sie müssen im Verhältnis stehen.

Es geht nicht um den ersten Mann auf dem Mond. So schön dieses Ereignis auch gewesen sein mag, wenn dieses Vorhaben Ende der 60er nicht funktioniert hätte, wäre es nicht wirklich tragisch gewesen.

Bei der sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedeutung des richtigen Weges in der Energiepolitik sieht das ganz anders aus. Dabei berücksichtigt er bestenfalls den Strombedarf von Privathaushalten, Handel und Gewerbe, aber er übersieht den Bedarf der energieintensiven Industrie an Grundlaststrom.

Der muss an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung stehen, auch wenn es dunkel ist und kein Wind weht.

Außerdem bedeutet dieser Ausbau, dass die Energie weit entfernt von den großen Verbrauchern erzeugt wird. Sie muss von den Küsten zu den industriellen Ballungszentren in West-, Mittel- und Süddeutschland transportiert werden.

Und in ländlichen Gebieten und Siedlungen, wo kaum Strom verbraucht wird, wird er überall auf Hausdächern und Privatgrundstücken in kleinsten Einzelmengen erzeugt und eingespeist.

Dafür wurde das deutsche Stromnetz nicht geplant und nicht gebaut. Ohne neue leistungsfähige und intelligente Stromnetze wird diese Stromerzeugung zusammenbrechen.

Das wissen wir seit Jahren. Nicht nur die DENA mahnt uns immer wieder, dass unsere Stromversorgung nicht mehr sicher ist.

Aber nichts geschieht - außer Protesten und Klagen von Umweltverbänden und Kommunalpolitikern gegen jeden neuen Kilometer Netztrasse.

Es ist diese Gleichgültigkeit gegenüber den Problemen der Umsetzung der einmal verkündeten klima- und energiepolitischen Ziele, die ich beklage.

Erneuerbare Energien sind unverzichtbar, sie müssen ausgebaut und wirtschaftlicher erzeugt werden. Ihr Anteil soll – das hat die Bundesregierung beschlossen - bis 2020 auf 30 Prozent der deutschen Stromerzeugung ausgebaut werden. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber erreichbar, und muss weiter verfolgt werden.

Aber auch hier rate ich zu einer realistischen Betrachtungsweise. Wir wollen die verstärkte Nutzung zum Beispiel von Strom aus Wind und Biomasse.

Aber das hat Grenzen. Fritz Varenholt, Vorstandsvorsitzender von RWE Innogy, hat es jüngst vorgerechnet:

Für 45.000 Megawatt Offshore-Windkraftanlagen, die das Umweltbundesamt für eine Vollversorgung mit regenerativen Energien voraussetzt, gibt es gar keine Flächen in der Nordsee.

Denn dafür würden 7.500 Quadratkilometer benötigt. Zieht man von der Nordsee das Wattenmeer, die für Naturschutz, Schifffahrtswege und andere Nutzungen benötigten Flächen ab, bleiben 3.500 Quadratkilometer. Das reicht allenfalls für 20.000 Megawatt. Sind Naturschutz und Schifffahrt überflüssig?

Außerdem taugt Windenergie nicht für die industrielle Grundlast, solange Strom nicht gespeichert werden kann.

Die wichtigste grundlastfähige erneuerbare Energie ist die Biomasse. Bereits heute nutzen wir fast 20 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche für die Energieerzeugung. Schon diese Zahl macht klar, dass wir aus Biomasse nicht die für die Industrie nötige Strommenge erzeugen können, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint.

Also selbst wenn wir 2020 das das genannte 30-Prozent-Ziel erreichen, müssen wir immer noch 70 Prozent des Stroms – 2009 waren das 596 Terawattstunden oder 596 Milliarden Kilowattstunden - aus nicht erneuerbaren Energien erzeugen.

Dieser Anteil lässt sich bis 2050 nicht auf Null reduzieren. Es sei denn, man will Deutschland als Standort für energieintensive Industrien aufgeben und damit allein in diesen Branchen 875.000 Arbeitsplätze. Ganz zu schweigen von den weiteren entlang der Wertschöpfungsketten.

Die Bundesregierung will die Laufzeiten von Kernkraftwerken verlängern. Sie hat Szenarien für Laufzeitverlängerungen um 4, 12, 20 und 28 Jahre erstellen lassen, die ihr seit letzter Woche vorliegen. Was daraus werden soll, ist – wie so vieles – bisher unklar.

Die IG BCE hat keinen Ausstiegsbeschluss gefasst. Sie hat die politische Entscheidung von 2002 dazu anerkannt, obwohl der Verzicht auf Strom aus sicher laufenden Kernkraftwerken absehbar mit erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden war.

Denn das Primat für solche grundsätzlichen Entscheidungen liegt bei der Politik.

Danach hat die Politik weitere energiepolitische Entscheidungen getroffen, die die Volkswirtschaft erheblich belasten: Zum einen kostet die Förderung erneuerbarer Energien immer mehr Geld. Zum anderen verteuert der Emissionshandel die Stromerzeugung aus Kohle.

Mit dem heutigen Stand der Förderung erneuerbarer Energien und dem Emissionshandel hat die Politik gegenüber 2002 neue Bedingungen geschaffen. Diese Kosten insgesamt überfordern die Industrie.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem selbst verschuldeten Notfall hat die Bundesregierung jetzt die Grundsatzentscheidung von 2002 wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Bundeskanzlerin hat am Sonntag in einem Fernsehinterview mal so eben die Verlängerung der Laufzeiten um zehn bis 15 Jahre als angemessen bezeichnet. Andere Mitglieder der Bundesregierung nennen jeweils andere Zahlen.

Ein solcher Umgang mit diesem Thema entspricht nicht seiner gesellschaftlichen Tragweite. Solche Entscheidungen kann man nicht in Hinterzimmern aushandeln.

Ich wiederhole, was ich schon auf dem IG-BCE-Kongress im Oktober 2009 gesagt habe: „Kernkraft spaltet – nicht nur physikalisch.“ Wir brauchen eine intensive gesellschaftliche Debatte darüber, ob wir länger mit Kernkraft unsere Energie erzeugen wollen, und was wir tun müssen, wenn wir das nicht wollen.

Wer sich dieser Debatte verweigert, darf sich nicht wundern, wenn die Akzeptanz ausbleibt. Uns geht es nicht um juristische Streitereien, ob der Bundesrat gefragt werden muss, sondern um ein grundlegendes energiepolitisches Konzept.

Für eine nachhaltige Energieversorgung werden wir große Investitionen brauchen. Die vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien ist das Fernziel.

Doch nach der eben geschilderten Entwicklung werden wir in den nächsten Jahren alle Energieträger brauchen, über die wir heute verfügen.

Wenn wir zu früh auf einen Energieträger verzichten, wird unsere Energieversorgung entweder nicht klimaverträglich oder nicht zuverlässig oder nicht wettbewerbsfähig sein.

In der jüngsten energiepolitischen Debatte war viel von Brückentechnologie die Rede.

Eine Brücke bis in die regenerative Zukunft gegen Ende unseres Jahrhunderts können vor allem moderne und klimafreundliche Kohlekraftwerke schlagen.

Wenn die Bundeskanzlerin auch Kernenergie als Brücke beschreibt und jetzt ein Stück von zehn bis 15 Jahren anbauen will, sind wir noch immer nicht am anderen Ufer. Der Behauptung, ohne Kernkraft ließen sich die Klimaschutzziele nicht erreichen, widerspreche ich ausdrücklich.

Denn neue Kernkraftwerke in Deutschland will ernsthaft niemand. Für diesen langen Zeitraum brauchen wir also eine Generation neuer Kohlekraftwerke mit Innovationen, die Kohleverstromung effizienter und klimaverträglich machen.

Technologische Schlüsselbegriffe dafür sind Wirkungsgradsteigerung zum Beispiel durch Trockenbraunkohle oder Werkstoffe für Temperaturen über 700 Grad, flexiblere Fahrweise zum Ausgleich volatiler Wind- und Sonnenenergie - und dann CCS, die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid und damit die nahezu emissionsfreie Erzeugung von Strom aus Kohle.

Zurück zur Kernenergie: Grundsätzlich soll es beim gesellschaftlich und politisch gewollten Ausstieg bleiben. Aber ich sehe 2022 wackeln, weil es kein Konzept mehr dahinter gibt. Bei der Regierung nicht, und auch bei den anderen nicht.

Wenn die Politik jetzt eine Laufzeitverlängerung will, brauchen wir ein energiepolitisches Konzept, das der Kohle den Vorrang vor der Kernenergie zuweist. Solange die Kernenergie als Brücke zu einer klimaverträglichen Kohleverstromung benötigt wird, ist eine kurzfristige Laufzeit-Verlängerung offensichtlich nicht zu vermeiden.

Wir sind darauf angewiesen, um Strom emissionsfrei und zu Preisen zu erzeugen, mit denen die energieintensiven Industrien weiterhin in Deutschland wettbewerbsfähig produzieren können, bis ausreichend neue Kohlekraftwerke gebaut sind. Selbstverständlich muss Sicherheit von Kernkraft weiter an erster Stelle stehen.

Leider ist die Erneuerung unserer Kohlekraftwerke bisher verzögert worden. In Ensdorf, Datteln, Herne und anderswo werden sie verspätet oder gar nicht mehr fertig gestellt.

Die Kostenvorteile von Strom aus abgeschriebenen Kernkraftwerken haben die Gutachter von Prognos und dem Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln im Auftrag der Bundesregierung aktuell vorgerechnet.

Außerdem kann mit den Kernkraftwerken auf dem Strommarkt Geld verdient werden, das in die moderne fossile und regenerative Stromerzeugung investiert werden muss.

Diesem Zweck sollten die Gewinne aus längeren Laufzeiten auch vorrangig dienen. Die Unternehmen müssen aus den Gewinnen, die sie mit abgeschriebenen Kernkraftwerken erzielen, auch kräftig in neue Kohlekraftwerke investieren.

Kernkraft kann Kohle nicht ersetzen, allenfalls umgekehrt wird ein Schuh draus. Anrede Auch die Endlagerfrage muss endlich konsequent angegangen werden. Das hat die Politik in den letzten Jahren schmerzlich vermissen lassen.

Mir fehlt das Verständnis für eine Politik, die mit großem Tamtam die Verlängerung der Laufzeiten ankündigt, die Fragen zur Endlagerung radioaktiver Abfälle aber durch ihre Bundesanstalt für Strahlenschutz weiter verzögern statt endlich klären lässt.

Warum bremst die BfS die Erkundung von Gorleben? Selbstverständlich muss Gorleben transparent und verlässlich erkundet werden, aber warum auf Sparflamme? Von verspäteten Erkenntnissen hat niemand etwas.

Und während die BfS die Erkundung weiterer Bereiche verzögert, kümmert sich der Bund nicht um die Rechtsgrundlagen der atomrechtlichen Erkundung und Nutzung von Gorleben über 2014 hinaus.

Wohl aber um die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken über 2022 hinaus. Die umgekehrte Reihenfolge erschiene mir angebracht.

Und Konrad ist seit 2007 als Endlager für die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle rechtskräftig genehmigt. Aber diese Genehmigung wird von der BfS so dilettantisch umgesetzt, dass der Zeitpunkt der Inbetriebnahme immer noch nicht feststeht.

An dieser Stelle halte ich folgenden Hinweis für angebracht: Die Kosten der Endlagerung gehören in die volkswirtschaftliche Berechnung eines energiepolitischen Konzepts ebenso wie die Kosten, die über den Emissionshandel der Kohle aufgebürdet werden.

Was weltweit unbestritten ist, gilt auch für Deutschland: Am Energieträger Kohle führt kein Weg vorbei.

Stein- und Braunkohle decken zurzeit nahezu die Hälfte der deutschen Stromversorgung, sie bleiben besonders für die Grundlastversorgung der energieintensiven Industrie auf viele

Jahrzehnte hinaus unverzichtbar. Deshalb brauchen die Kohlereviere stabile und verlässliche Rahmenbedingungen.

Das Steinkohlefinanzierungsgesetz und die kohlepolitische Verständigung von 2007 dürfen nicht in Frage gestellt werden. Das müssen wir jetzt mit vereinten Kräften der EU-Kommission klar machen. Wir werden uns mit allen Mitteln gegen ein Auslaufen der deutschen Steinkohleförderung bis Oktober 2014 zur Wehr setzen. Denn das würde Massenentlassungen zur Folge haben.

Die Bundesregierung steht nicht nur im Wort. Sie hat sich vertraglich und gesetzlich verpflichtet. Sie muss jetzt in der EU durchsetzen, dass der 2007 vereinbarte Kohlekompromiss und das Steinkohlefinanzierungsgesetz umgesetzt werden können.

Auf dieses vordringliche Ziel konzentrieren wir uns jetzt. Wir führen intensive Gespräche mit der Bundesregierung. Ich werde im September die Gewerkschaften der anderen Kohleländer in der EU besuchen und gemeinsam mit ihnen Unterstützung organisieren.

Und wir werden den Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 29. September nutzen. Bei Betriebsversammlungen für alle deutschen Steinkohlenbetriebe und bei der Großkundgebung in Brüssel werden wir die Umsetzung der deutschen Kohleregulung einfordern.

Wir sind weiter davon überzeugt, dass ein langfristiger deutscher Steinkohlenbergbau unverzichtbar und der geplante Auslauf falsch ist. Ein Sockelbergbau über 2018 hinaus gehört als wichtiger Bestandteil in jedes vernünftige energiepolitische Konzept.

Das gilt natürlich auch für den deutschen Braunkohlenbergbau. Der ist zwar nicht so kurzfristig gefährdet wie der Steinkohlenbergbau, aber ohne neue Braunkohlekraftwerke müsste auch die Braunkohleförderung in Deutschland auslaufen.

Ich habe mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin darüber gesprochen. Auch mit den Landesregierungen der Kohlereviere in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt bin ich einer Meinung, dass der Braunkohlenbergbau weiter gebraucht wird.

Die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten der betroffenen Unternehmen fordern schon lange Investitionen in neue Braunkohlekraftwerke. Was uns fehlt, sind bundespolitische Rahmenbedingungen, die diese Investitionen ermöglichen und voran bringen.

Der Emissionshandel darf die Wirtschaftlichkeit der Braun- und Steinkohleverstromung nicht in Frage stellen.

Er muss so ausgestaltet werden, dass Fehlanreize vermieden werden, zum Beispiel der Einsatz von Gas zur Stromerzeugung in der Mittellast.

Emissionshandelsbedingt gestiegene Stromkosten müssen für stromintensive Unternehmen unbürokratisch kompensiert werden, entweder pauschal oder durch Nachweis der individuellen Kosten der letzten Jahre.

Auch an dieser Stelle muss man fragen: Wo bleibt eigentlich der politische Gestaltungswille der Bundesregierung in der EU, wenn der Bundesumweltminister erst einen offiziellen Entwurf der EU für den Beihilferahmen abwarten will, bevor er sagt, wie er diese Strompreiskompensation in Deutschland gesetzlich regeln will?

Bei der Ausgestaltung der von der EU vorgesehenen Kraftwerksförderung erwarte ich von der Bundesregierung, dass sie ihren Gestaltungsspielraum nutzt. Die EU räumt ihn an dieser Stelle ausdrücklich ein.

Moderne, effiziente Stein- und Braunkohlekraftwerke dürfen nicht benachteiligt werden. Sie müssen genau so gefördert werden wie moderne und effiziente Kraftwerksneubauten für andere Energieträger.

Die Energieversorgungsunternehmen beklagen schon viel zu lange das Fehlen von Anreizen und Planungssicherheit, um in kapitalintensive Neuanlagen zu investieren.

Die Politik darf einer weiteren Verzögerung dringend nötiger Investitionen keinen Vorschub leisten und keine Argumente für Untätigkeit bieten.

Stattdessen muss die Energiepolitik Rahmenbedingungen setzen, die das betriebswirtschaftliche Interesse an neuen, klimafreundlichen Braunkohlekraftwerken mit dem industriepolitischen Interesse an einer sicheren und wettbewerbsfähigen Grundlast-Energieversorgung vereinbaren.

Wenn unter den Bedingungen der dritten EU-Emissionshandelsperiode ab 2013 die bestehenden Braunkohle-Altkraftwerke zunehmend stillgelegt werden, ohne dass moderne Neubauten an ihre Stelle treten, verliert Deutschland seinen heute wichtigsten und sichersten subventionsfreien Energieträger.

Die Folgen wären katastrophal, sowohl für den Braunkohlenbergbau als auch für die energie- und stromintensive Industrie, die auf die kostengünstige Braunkohleverstromung angewiesen ist.

Deshalb müssen Braunkohlenbergbau und Braunkohleverstromung auch nach 2013 wirtschaftlich bleiben. Dafür ist der Neubau effizienterer und flexibel regelbarer Kraftwerke jetzt erforderlich.

Ebenso die Weiterentwicklung und großflächige Einführung der Zukunftstechnologie CCS für den Zeitraum nach 2020. Darüber hinaus muss die Wiederverwendung von CO₂ (CCR) erforscht und technologisch entwickelt werden.

Um CCS in der Fläche einführen zu können, müssen jetzt dringend die politischen Rahmenbedingungen insbesondere für Pipelines und CO₂-Speicher gestaltet werden.

Dazu gehört die zügige Verabschiedung des längst entworfenen CCS-Gesetzes. Die Verantwortung des Staates für die zentrale Klima- und Energietechnologie CCS geht aber –wie auch bei den erneuerbaren Energien – über das Genehmigungsrecht hinaus.

CCS wird nach meiner Überzeugung auch klimapolitisch unterschätzt. Soll der weltweit wachsende Energiehunger klimaverträglich gestillt werden, liegt der Schlüssel dazu nicht nur im Ausbau erneuerbarer Energien, sondern auch in der Erforschung, Weiterentwicklung und Anwendung neuer Technologien bei der Energieerzeugung.

Wir haben die wichtigsten Aussagen meiner Rede in einer Erklärung zusammengefasst, die wir nach der heutigen Tagung veröffentlichen wollen.

Den vollständigen Text der Erklärung werden wir in der Mittagspause verteilen.

Wir wollen einen anspruchsvollen Klimaschutz, verbunden mit einer aktiven Industrie und Strukturpolitik. Gerade die Finanzkrise hat gezeigt, wie wichtig die Realwirtschaft für unseren Wohlstand ist. Wenn wir – wie die Kanzlerin immer wieder betont – aus der Krise gestärkt hervorgehen wollen, reicht moderieren nicht aus.

Wir müssen – und für die IG BCE sage ich – wir wollen gestalten. Energiepolitik, Industriepolitik und Forschungspolitik müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass wir Arbeitsplätze und Industrien erhalten und weiterentwickeln können.

Glück auf.